# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 191. Dienstag, 16. August 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Die letzte Frist.

**Koalitionspläne und Regierungsmöglichkeiten.**

Reichspräsident von Hindenburg hat sein Nein gesprochen und ist nach Neudeck zurückgefahren. Die berechtigte Spannung, mit der man dem Augenblick entgegensah, wo Hindenburg und Hitler, Vater und Sohn des Nationalismus, wie Auslandsstimmen glossieren, einander gegenüberstanden, ist gewichen. . . geändert hat sich nichts. Nichts ist klarer geworden, als es schon vorher jedem Einsichtigen sein konnte, oder sein mußte: politische Selbstverständlichkeiten sind nur offiziell abgestempelt und damit — vorläufig — ad acta gelegt.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß damit der Kampf um die Neufundamentierung der Staatsgewalt in Deutschland nicht beendet oder auch nur unterbrochen sein kann. Bezeichnenderweise empfing der Reichskanzler fast unmittelbar nach der Verabschiedung Adolf Hitlers am Sonnabend abend noch die Zentrumsabgeordneten Joos und Bolz, die sich allerdings darauf beschränkten, die Mitteilung von den Vorgängen des Tages formell zur Kenntnis zu nehmen, und sich jeglicher eigenen Stellungnahme enthielten. Auch sonst ist der Reichskanzler nicht untätig; man tut gut daran, auch unerheblich scheinende Vorgänge, wie den Empfang des ersten Bundesführers des Stahlhelm, sowie am Montag vormittag des geschäftsführenden Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft, von Lindequist, als Medien politischer Aktivität zu bewerten.

Bis zum Augenblick jedenfalls hat sich noch keinerlei Veranlassung zu der Annahme ergeben, daß Reichskanzler von Papen seine Tage als Regierungschef gezählt betrachtet. So einmütig von allen Seiten mit einem klaren Mißtrauensvotum gegen die Regierung **Papen am 30. August** gerechnet wird, so wenig sind die Pläne der Regierung darauf abgestellt. Im Gegenteil, die Regierung will dem Reich offenbar ohne jede Rücksicht auf die inzwischen sich etwa vollziehenden Koalitionsverhandlungen ein Programm von riesigem Umfang und von epochaler Bedeutung vorlegen. Ein Programm offenbar, dessen Gewicht die Reichsregierung für zu schwer hält, als daß — nach ihrer Ansicht — unbedingt in dem Augenblick der Vorlegung eines solchen Programms mit einem mehr oder minder aus Prestigerücksichten geborenen Nein der einen oder anderen Partei gerechnet werden müßte.

Dieses Programm ist in seinen Hauptpunkten schon bekannt: Gesetzesvorlage über die Reichsreform nebst Wahlreform, über die Frage der Arbeitsdienstpflicht, über eine grundsätzliche Finanzreform und endlich über Siedlung. Unbekannt ist noch, wie sich die Regierung die finanzpolitische Fundierung der wichtigsten oder doch wenigstens dringlichsten dieser Programmpunkte denkt. Man wird jedenfalls darauf gefaßt sein müssen, daß auch die Reichsbank ungeachtet ihrer Autonomie demnächst in den Mittelpunkt des politischen Kreuzfeuers gerät.

Unzweifelhaft ruhen hier neben unabsehbaren Gefahren bedeutsame Möglichkeiten; Möglichkeiten, die mit nicht minderer, aber auch nicht mit größerer Skepsis betrachtet zu werden verdienen, als die der Koalitionspläne zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, bei deren praktischer Erörterung die Frage der Länder eine entscheidende, wahrscheinlich aber im Hinblick auf das Verfügungsrecht über die Machtmittel der Länder negative Rolle spielen wird. Die Frist zur Klärung dieser Dinge ist kurz, und es ist aller Wahrscheinlichkeit nach die letzte Frist zur Lösung der politischen Grundprobleme Deutschlands. Ergibt sich bis zum 30. August keine Lösung, so wird es schwer sein, weiterzukommen, ohne den Boden der Verfassungsmäßigkeit gänzlich zu verlassen.

## Mehrstündiger Kabinettsrat.

)( Berlin. Das Reichskabinett, das am Montag um 16½ Uhr erstmalig zusammengetreten war, nachdem der bekannte Ausgang der Verhandlungen über die Regierungsbildung eine gewisse Klärung herbeigeführt hatte, befaßte sich in **mehrstündigen Beratungen** hauptsächlich mit Fragen der **Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung.**

Es ist anzunehmen, daß neben den inzwischen fertiggestellten Referentenentwürfen auch die **Frage der Finanzierung eingehend erörtert** worden ist.

Des weiteren dürfte sich das Reichskabinett mit der durch die Ablehnung der NSDAP. sowie durch die Haltung des Zentrums geschaffenen parlamentarischen Lage befaßt und die **Möglichkeiten des weiteren Vorgehens** behandelt haben.

Eine offizielle Verlautbarung über die Kabinettssitzung wurde nicht ausgegeben.

## Das Aufbauprogramm der Reichsregierung.

Wie verlautet, enthält das Aufbauprogramm der Reichsregierung folgende 6 Punkte:

**Arbeitsbeschaffung,**
**Organisatorische Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge,**
**Ankurbelung der Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen,**
**Lockerung der Tarifpolitik,**
**Ausdehnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes,**
**Siedlung.**

Das Programm soll von den zuständigen Ressorts schon soweit fertiggestellt sein, daß es sofort veröffentlicht und durchgeführt werden kann.

# Nach dem Scheitern der Regierungsumbildung.

vdz. Berlin. Gegenüber den beunruhigenden Gerüchten, die man in der Oeffentlichkeit an das Scheitern der Verhandlungen mit den Nationalsozialisten geknüpft hat, wird **von zuständiger Stelle des Reiches erklärt, Hitler habe, nachdem er das Angebot der Regierung und des Reichspräsidenten zurückgewiesen hatte, immerhin versprochen, seine Partei werde sich in der Opposition legal verhalten. Reichspräsident von Hindenburg selbst hat dem nationalsozialistischen Führer die dringende Mahnung mitgegeben, diese Opposition auch ritterlich zu führen.** Im übrigen erklärt man in der Wilhelmstraße, die nationalsozialistische Bewegung werde selbstverständlich sehr aufmerksam überwacht. Zur Beunruhigung bestehe kein Anlaß.

Am Sonnabend wurde auch das Gerücht verbreitet, die Reichsregierung habe nun nicht mehr die Absicht, den neuen Reichstag zusammenzuberufen. Dieses Gerücht geht wahrscheinlich auf eine mißverständliche Darstellung über den Verlauf der Unterredung zurück, die der Reichskanzler mit den **Vertretern der Zentrumspartei Joos und Bolz** gehabt hat. Auch in dieser Unterredung hat jedoch v. Papen, wie jetzt offiziös festgestellt wird, keineswegs erklärt, es würde bei einem Scheitern der Verhandlungen über die Regierungsumbildung nicht mehr zum Zusammentritt des Reichstags kommen. **Herr v. Papen läßt heute noch einmal ausdrücklich erklären, die Reichsregierung werde selbstverständlich vor das Parlament treten, daran habe auch niemals ein Zweifel bestanden.**

Es wird jetzt ferner behauptet, schon vor den Reichstagswahlen sei den Nationalsozialisten die Beteiligung an der Regierung v. Papen angeboten und von ihnen abgelehnt worden. Richtig ist daran, wie jetzt offiziös mitgeteilt wird, nur das eine, daß bei der Kabinettsneubildung, also schon vor der Reichstagsauflösung, wiederholt nicht nur von Hitler, sondern auch von anderen maßgeblichen **Führern der Nationalsozialistischen Partei die Zusicherung gegeben worden sei, ihre Partei würde eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten berufene Regierung tolerieren.** Diese Erklärungen seien in einer Form abgegeben worden, an der nicht zu deuteln sei, und der Reichspräsident habe bei den damaligen Besprechungen auch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung, die er bilden wollte, nicht ein Uebergangskabinett darstellen sollte, daß sie nicht für eine kurz bemessene Zeitspanne am Leben erhalten werden sollte. Dabei sei immer nur von einer Regierung die Rede gewesen, die vom Vertrauen des Reichspräsidenten berufen und vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen sei. **Die Zusage der Nationalsozialisten, eine solche nicht von Parteien abhängige Regierung zu tolerieren, sei nicht etwa unter vier Augen gegeben worden, sondern es seien zum mindesten regierungsseitig einwandfreie Zeugen dafür vorhanden.** Und zwar habe es sich um eine einseitige Zusicherung der Nationalsozialisten gehandelt, ohne daß die Reichsregierung oder der Reichspräsident ihrerseits irgendwelche Bindungen eingegangen wären

*

## Reichsbank und Reichsregierung.

)( Berlin. **Die Reichsbank nimmt zu Pressemeldungen Stellung, nach denen Differenzen zwischen ihr und der Reichsregierung über die Frage der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms entstanden seien. Sie erklärt, daß sie ihren Standpunkt, den sie schon seit langer Zeit einnehme, in keiner Weise geändert habe. Sie sei nach wie vor bereit, jeden reichsbankfähigen Wechsel, der ihr präsentiert werde, zu diskontieren. Gegenstand der kommenden Verhandlungen zwischen Regierung und Noteninstitut werde also lediglich sein, einen Weg zu finden, entsprechendes Wechselmaterial zu beschaffen.**

*

## Die Nationalsozialistische Korrespondenz zu den Verhandlungen Hitlers.

)( München. Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Verhandlungen am vergangenen Sonnabend u. a., Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerschaft unter Papen sei eine Tat gewesen. Hitlers Nein werde nicht nur von der gesamten nationalsozialistischen Bewegung begrüßt, sondern auch vom deutschen Volke, das endlich Schluß haben wolle mit dem bisherigen System, als die zielbewußte und aufrechte Haltung einer Bewegung anerkannt, von der sie die Befreiung der Nation erwarte. Der durchsichtige Versuch, die NSDAP. durch einen wohlüberlegten Trick, durch eine Belastung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit gewissermaßen auf „kaltem Wege" zu erledigen, sei an dem klaren und weitblickenden Entschluß des Führers restlos gescheitert. Der Führer sei sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben. **Die NSDAP. habe sich nicht um ein paar Ministersessel an jene Kräfte verkauft, die gegen den Willen des Volkes regierten** und ihm durch die Zerschlagung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung die Waffe aus der Hand hätten winden wollen, die allein imstande sei, den gordischen Knoten des deutschen Schicksals zu zerhauen. Um des Volkes willen habe der Führer ein für die Mentalität der bürgerlichen und marxistischen Parteien sicherlich verlockendes Angebot zurückgewiesen. Eine Regierung, in der die NSDAP. nicht führe, sondern nur vertreten sei, werde niemals eine Wende des **deutschen Schicksals herbeiführen können.**

**Die Nationalsozialisten wollten keine Politik der Zaghaftigkeit und halben Maßnahmen, sie wollten eine Politik der Kühnheit und Tat, die heute allein das deutsche Volk retten könne.** Eine solche nationalsozialistische Politik aber, die eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nehme, könne nur von Nationalsozialisten geführt werden.

Das sei der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden habe und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen habe. Demgemäß habe Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert; von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung sei seitens der NSDAP. nicht die Rede gewesen. Was aber überall im politischen Leben eine Selbstverständlichkeit sei, werde der NSDAP. vorenthalten. Darauf habe es für den Führer der NSDAP. nur eine Antwort geben können, und zwar: Nein. Stolz und unabhängig stehe die Bewegung da, geschlossen und kampfbereit. Wie richtig Adolf Hitler gehandelt habe, werde die Zukunft zeigen.

*

## Papen stellt sich dem Reichstag.

**Reichstag am 30. August.**

)( Berlin. Wie wir erfahren, steht es nunmehr endgültig fest, daß der **Reichstag zum 30. August einberufen** wird. Man rechnet damit, daß die Eröffnungssitzungen (Präsidialwahl, Geschäftsordnung, deren Aenderung die Nationalsozialisten wahrscheinlich betreiben werden, usw.) **etwa acht Tage** dauern.

Mit der **Entscheidung** über das zu erwartende **Mißtrauensvotum** gegen das Reichskabinett wäre demnach **frühestens am 8. September zu rechnen.**

**Die Regierung wird sich dem Reichstag stellen und erwartet die Annahme des Mißtrauensvotums.** Dann würde der **Reichstag sofort wieder aufgelöst** werden, wozu der **Reichspräsident bereits die Vollmachten** gegeben hat. Es wird nicht befürchtet, daß ein Linkspräsidium gebildet werden könne, indem die Nationalsozialisten der Wahlhandlung fernbleiben.

Zu den Kombinationen über die **Wahl einer Nationalversammlung** wurde uns von Regierungsseite erklärt, daß eine solche — wenn überhaupt — **erst im Frühjahr** nächsten Jahres in Betracht käme, dann allerdings mit vollkommen abgeändertem Wahlrecht.

*

## Die Deutschnationalen zur Lage.

)( Berlin. In einem als parteioffiziös gekennzeichneten Aufsatz entwickelt der **deutschnationale Landtagsabgeordnete Borak die Stellungnahme der DNVP. zu der augenblicklichen politischen Lage.** In diesem Aufsatz, der unter der Ueberschrift: **„Klärung?" im „Tag"** erscheint, weist der Verfasser darauf hin, daß die NSDAP. sich mit ihrer Absage an den Reichspräsidenten vor die Entscheidung gestellt habe, entweder auf eine Regierungsbeteiligung zunächst zu verzichten oder ihr Ziel jetzt noch auf andere Weise zu erreichen. Von einer Koalition mit dem Zentrum, die sicher die Kanzlerschaft Hitlers und damit einen äußerlichen Ausgleich des Prestigeverlusts der NSDAP. vom Sonnabend bringen könne, sei eine Systemänderung nicht zu erwarten. Die Möglichkeit eines „Marsches auf Berlin" sei dem deutschen Volk erspart worden.

**Für die Regierung Papen gebe es also jetzt keine Stützung auf parlamentarischem Gebiet, ausgenommen vielleicht seitens der Deutschnationalen. Ein Zurückweichen vor einer etwaigen Mehrheit aus NSDAP. und Zentrum bedeute aber das Zurückfallen in das System von Weimar. Nachdem sich die größte nationale Partei der positiven Mitarbeit an der Befreiung vom Parlamentarismus versagt habe, müsse die Regierung, gestützt auf ihre eigene Verantwortung, auch vor der Revolution von oben nicht zurückschrecken. Dazu sei aber eine rücksichtslose Ausschaltung aller noch hemmenden Kräfte in den Regierungsstellen und ihre Ersetzung durch Männer mit politischem Wollen und Können erforderlich. Nur energisches Zupacken und Tatmenschen paßten in diese Zeit. Formalien dürften die Rettung nicht hindern. Der Kanzler, der heute eine so große Macht habe, werde die Menschen, denen Partei nichts, Deutschland aber alles sei, hinter sich haben, wenn er zeige, daß er seine Macht allen zum Trotz halten wolle. Wolle die Reichsregierung so handeln, dann sei eine Klärung erfolgt.**

*

## Der „Angriff" veröffentlicht die preußische Auflagenachricht.

)( Berlin. Der nationalsozialistische **„Angriff"** bringt heute die ihm von dem mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Ministers des Innern Beauftragten Dr. Bracht zugestellte **Auflagenachricht** mit der **amtlichen Feststellung zum Tod des Nationalsozialisten Jenke in Reichenbach in Schlesien.** In der Nachricht wird festgestellt, daß die vom „Angriff" verbreitete Darstellung, nach der der SA.-Mann Jenke von dritter Seite, insbesondere von Angehörigen des Reichsbanners oder von Kommunisten, ermordet worden sei, nicht zutrifft. **Der Tod Jenkes sei vielmehr durch einen Sprengkörper herbeigeführt worden, den Jenke selbst in der Hand gehalten habe.**

SLUB
Wir führen Wissen.